

### **L4-Beschluss Partizipa(k)tion - Für mehr Selbst- und Mitbestimmung junger Menschen!**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 22.04.2017  
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

#### **Antragstext**

917 Demokratie und Mitbestimmung sind Aspekte eines selbstbestimmten Lebens, das  
918 allen zusteht. Um Selbstbestimmung zu ermöglichen, muss Partizipation an der  
919 Gestaltung des Zusammenlebens sichergestellt sein. Junge Menschen werden jedoch  
920 strukturell davon ausgeschlossen und die Gestaltung ihres Lebens ist zu einem  
921 großen Teil fremdbestimmt - sei es in Schule zuhause oder bei politischer  
922 Mitbestimmung . Ihnen wird ständig die Fähigkeit abgesprochen, für sich selber  
923 zu sprechen. Ihre Erfahrungen und Meinungen werden abgewertet und ignoriert.

924 Wer wirklich etwas für die Interessen junger Menschen tun will, muss ihnen auch  
925 das Recht geben, zu entscheiden, an was und wo sie sich beteiligen wollen. Viele  
926 junge Menschen wollen sich engagieren, wenn sie die Möglichkeit haben und wenn  
927 sie sehen, dass ihre Beteiligung etwas bewirkt. Leider sind die Möglichkeiten  
928 für Beteiligung und Selbstbestimmung sehr unübersichtlich, gerade für Menschen  
929 mit noch wenig politischer Erfahrung. So gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher  
930 Maßnahmen, Akteur\*innen und Organisationen, die oftmals unkoordiniert  
931 nebeneinander stehen. Hinzu kommt, dass junge Menschen in die gesetzgeberischen  
932 Prozesse nicht eingedacht werden, wodurch es große Hürden mit sich bringt sich  
933 einzubringen und sich ihre Lebensrealität in den Ergebnissen nicht widerspiegelt  
934 .

935 Junge Menschen zu beteiligen bedeutet, sie dazu zu befähigen und ihnen zu  
936 ermöglichen, in Gremien mitzubestimmen, die im Regelfall von sehr viel älteren  
937 Menschen dominiert werden.

938 Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich in bereits bestehenden  
939 und neu zu schaffenden demokratischen Prozessen einzubringen, aber auch als  
940 Einzelperson viel zu erreichen. Doch das ist nur ein erster Schritt. Er  
941 gewährleistet, dass die Stimmen junger Menschen eher Eingang in die Debatte  
942 finden.

943 Grundsätzlich spielt sic eine Demokratie in einer Gesellschaft, die auf  
944 Herrschaft basiert, in begrenzten Räumen ab. Unser Ziel ist es, diese zu  
945 erweitern.

#### **946 Beteiligung in der Bildung**

947 Um echte Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es mündige Bürger\*innen. Es wird

948 jedoch wenig daran gesetzt, junge Menschen zu solchen zu erziehen. Stattdessen  
949 wird in der politischen Bildung an einem rein formalen Begriff von Partizipation  
950 festgehalten und es bleibt bei einem Informieren über Abläufe und der  
951 Aufforderung zur Einbringung in Entscheidungsprozesse stehen. Die Menschen  
952 sollen dazu befähigt werden, aus vorgegebenen Alternativen zu wählen. Ein  
953 Einbringen in die Inhalte der Entscheidungen ist damit jedoch bei weitem nicht  
954 gegeben.

955 Das Fehlen eines inhaltlichen Partizipationsbegriff steht einer echten  
956 Mitbestimmung entgegen. Hier grenzt sich der Begriff der kritischen politischen  
957 Bildung von dem der politischen Bildung ab. Ziel von kritischer politischer  
958 Bildung ist es, Menschen zur Mündigkeit zu erziehen. Das bedeutet, ihnen zu  
959 ermöglichen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen und zu hinterfragen und  
960 die Befähigung zur Reflektion der eigenen Meinung und des eigenen Wertekanons,  
961 der zu dieser Meinung führt. Dadurch wird ermöglicht, dass junge Menschen eine  
962 fundierte Meinung über ihre Interessen und derer ihrer Mitmenschen entwickeln  
963 und einfordern. Kritische politische Bildung bedeutet in ihrer Konsequenz, dass  
964 junge Menschen Möglichkeiten praktischer Beteiligung selber ergreifen.

965 Nicht nur spielt Partizipation momentan in Schulen eine zu geringe Rolle,  
966 sondern es wird weiterhin an einem hierarchischen Verhältnis von Schüler\*in und  
967 Lehrer\*in festgehalten. Schüler\*innen sollen auswendiglernen, aber nicht  
968 hinterfragen oder mitgestalten. Schulalltag ist jedoch politisch. Eine kritische  
969 politische Bildung muss dies beachten. Herrschaftsverhältnisse in pädagogischen  
970 Einrichtungen müssen thematisiert werden. Unterricht muss als gemeinsames Lernen  
971 begriffen werden, in dem die\*der einzelne Schüler\*in gefragt ist. Schüler\*innen  
972 sind keine anonyme Masse, die Informationen abspeichern soll! Schule muss von  
973 allen die dort lernen, lehren, arbeiten und sind als gemeinsamer Raum verstanden  
974 werden und gemeinsam gestaltet werden.

975 Ein erster Schritt, um eine umfassende und reflektierte Partizipation zu  
976 ermöglichen, ist eine entsprechende Schulung von Pädagog\*innen. In den  
977 Universitäten wird jedoch kaum Wert auf einen kritischen politischen  
978 Bildungsbegriff gelegt und auch die Lehrpläne sehen ein einseitiges Machtgefälle  
979 vor. Wir setzen uns daher dafür ein, sowohl die Lehrpläne für Schulen als auch  
980 für Universitäten anzupassen und die Konzepte kritischer politischer Bildung  
981 darin nicht nur für den Politikunterricht, sondern für Unterrichtsgestaltung  
982 insgesamt zu verankern.

983 Neben dem Bemächtigen von Schüler\*innen zur Teilhabe muss es klare Strukturen  
984 geben, durch die sich eingebracht werden kann.

985 Klassensprecher\*innen und Schüler\*innenvertretungen sind ein erster Schritt, der  
986 jedoch häufig von Lehrer\*innen und der Schulleitung als störend empfunden und  
987 teilweise sogar behindert wird. Dabei muss klar sein, dass eine Schule ohne die  
988 Einbeziehung der Interessen von Schüler\*innen kein Raum für Schüler\*innen sein  
989 kann. Daher muss an allen Schulen die Möglichkeit bestehen, sich in einer  
990 Schüler\*innenvertretung zu engagieren, sie zu wählen und die eigenen Anliegen  
991 dort einzubringen.

992 Dieser Vertretung muss je nach Schulform eine unterschiedliche Rolle zukommen,  
993 da die pädagogische Betreuung an Grundschulen eine andere sein muss als an  
994 Berufsschulen. Trotzdem muss jeder Vertretung nicht nur Mitspracherecht gewährt

995 werden, sondern ihr Platz in der Gestaltung des Schulalltags als  
996 Selbstverständlichkeit bestehen.

997 Das allgemeinpolitische Mandat von Sven muss anerkannt werden.

998 Einbringen muss zu Mitgestaltung führen und darf nicht als Frust- und  
999 Stressfaktor im Kampf zwischen Schüler\*innen und Lehrer\*innen für schlechte  
1000 Noten sorgen. Ähnlich einer Drittelparität an Universitäten muss auch ein  
1001 paritätisches Konzept für die verschiedenen Schulformen gelten, bei dem alle  
1002 Statusgruppen, das heißt, alle Menschen die am Schulalltag beteiligt sind,  
1003 entsprechend eingebunden werden.

1004 Gleiches gilt für die Gestaltung von Lehrplänen und Unterrichtsmethoden: Auch  
1005 hier müssen alle die es betrifft eingebunden werden, also vor allem auch  
1006 Schüler\*innen selbst! Dafür sind Landesschüler\*innenvertretungen nötig, die  
1007 jedoch noch von einzelnen Schulen abgelöst sein dürfen, sondern auf die jede\*r  
1008 Schüler\*in Einfluss haben muss. Um Schüler\*innenvertretungen auf allen Ebenen  
1009 sicherstellen zu können, muss es eine dem Alter und der Struktur angemessene  
1010 pädagogische Betreuung gewährleisten sein.

1011 Zur Mitbestimmung einer Schule gehört auch die unabhängige und eigenständige  
1012 Gestaltung einer Schüler\*innenzeitung. Für dieses Recht machen wir uns stark.

### 1013 **Für mehr Beteiligung in Parlamenten**

1014 Die Partizipation von jungen Menschen darf sich nicht allein auf die  
1015 institutionelle Ebene begrenzen, doch Verbesserungen in diesem Bereich sind ein  
1016 essentieller Schritt für mehr Mitbestimmung. Das umfasst sowohl die Erweiterung  
1017 der Rechte und Kompetenzen von Vertretungsorganen, die stärkere Berücksichtigung  
1018 der Interessen von Kindern und Jugendlichen in parlamentarischen Prozessen, als  
1019 auch die einfachere Beteiligung von jungen Menschen bei Wahlen.

### 1020 **- Kinder- und Jugendräte stärken**

1021 Wir wollen nicht, dass über die Köpfe von jungen Menschen hinweg entschieden  
1022 wird. Stattdessen machen wir uns dafür stark, dass Jugendliche und Kinder  
1023 mitreden können, wenn sie betroffen sind. Besondere Relevanz hat dabei die  
1024 kommunale Ebene. Wir fordern deshalb eine Reform der Gemeindeordnung in allen  
1025 Bundesländern nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein, wo vorgesehen ist, dass  
1026 Kommunen sicherstellen müssen, dass junge Menschen in alle Prozesse, die sie  
1027 betreffen, mit einbezogen werden. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Kinder-  
1028 und Jugendräte ein. Diese bieten die Möglichkeit, dass junge Menschen ihre  
1029 Lebensrealität und Erfahrungen einbringen können. Noch immer sind solche Räte  
1030 jedoch nicht flächendeckend existent und diese Möglichkeit steht somit nicht  
1031 allen jungen Menschen offen. Deshalb fordern wir die Festschreibung von  
1032 Repräsentationsorganen für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene, wobei  
1033 insbesondere die Legitimationsverfahren und Rechte dieser Organe konkretisiert  
1034 und vereinheitlicht werden müssen. Wir sehen dabei grundsätzlich ein  
1035 repräsentatives System vor, bei dem neben einer bestimmten Altersgrenze keine  
1036 weiteren Zugangsrestriktionen bestehen. Das bedeutet, dass alle jungen Menschen,  
1037 die an einem bestimmten Ort wohnen, sich auch unabhängig von ihrer

1038 Staatsangehörigkeit an diesen Wahlen beteiligen können. Dieses repräsentative  
1039 System soll punktuell um Mittel der direkten Demokratie ergänzt werden. Die  
1040 Arbeit dieser Repräsentationsorgane muss auch ernst genommen und berücksichtigt  
1041 werden. Denn sie sollen nicht zur Scheinpartizipation verkommen. Deshalb setzen  
1042 wir uns für ein Rede- und Antragsrecht aller Kinder- und Jugendräte in den  
1043 äquivalenten Parlamenten ein. In den für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten  
1044 Ausschüssen soll ihnen außerdem das Stimmrecht eingeräumt werden. Außerdem muss  
1045 durch Transparenz und einen ausreichenden Informationsfluss sichergestellt  
1046 werden, dass die Arbeit der Kinder- und Jugendräte überhaupt möglich ist.  
1047 Darüber hinaus setzen wir uns für die Etablierung eines Repräsentativorgans im  
1048 Sinne der Kinder- und Jugendräte auf Landesebene ein, das sich aus gewählten  
1049 Vertreter\*innen der kommunalen Ebene zusammensetzt.

### 1050 - **Kinder und Jugendliche mitdenken**

1051 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen auch dort mit bedacht werden,  
1052 wo sie nicht direkt beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle  
1053 Länder und der Bund ein kinder- und jugendpolitisches Programm festlegen.  
1054 Dadurch werden die jeweiligen Regierungen verpflichtet, konkrete Ziele  
1055 festzulegen und der Druck, diese auch tatsächlich durchzuführen, wird erhöht.  
1056 Außerdem fordern wir auf Landesebene die Einführung des Postens einer\*eines  
1057 Kinder- und Jugendbeauftragten. Diese\*r hätte die Möglichkeit, eigene Projekte  
1058 zur Förderung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen und Missstände  
1059 festzustellen und zu beheben, wodurch sich die Qualität der Kinder- und  
1060 Jugendförderung langfristig verbessern würde. Außerdem machen wir uns für den  
1061 Kinder- und Jugendcheck innerhalb der Gesetzgebung stark. Das bedeutet, dass das  
1062 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Aufgabe, aber  
1063 auch die Berechtigung bekommt, bundespolitische Vorhaben auf ihre Vereinbarkeit  
1064 mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen. So kann sichergestellt  
1065 werden, dass die Belange und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auf der  
1066 legislativen Ebene nicht vergessen werden.

### 1067 **Jugend in die Parlamente**

1068 Wahlen stellen ein zentrales Element einer repräsentativen Demokratie dar.  
1069 Deshalb wollen wir die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von  
1070 Jugendlichen in diesem Bereich stärken – sowohl an der Wahlurne als auch auf  
1071 Wahllisten. Wir setzen uns nach wie vor für das Wahlalter 0 ein, da wir davon  
1072 überzeugt sind, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Alter das Recht auf  
1073 demokratische Mitbestimmung hat (siehe Beschluss "Demokratie ist mehr als nur  
1074 ein Kreuzchen"). Darüber hinaus unterstützen wir Projekte, die es sich zum Ziel  
1075 gesetzt haben, Erstwähler\*innen zu unterstützen. Doch wir wollen nicht nur beim  
1076 aktiven, sondern auch beim passiven Wahlrecht von jungen Menschen ansetzen. Wir  
1077 setzen uns dafür ein, dass mehr junge Menschen in Parlamente kommen und dort für  
1078 neue Perspektiven sorgen und die Interessen unserer Generation vertreten. Gerade  
1079 im Moment scheitern jedoch die meisten Parteien, auch Bündnis 90/Die Grünen, in  
1080 weiten Teilen daran, jungen Menschen diese Chance zu geben. Dadurch werden eine  
1081 sinnvolle Erneuerung und eine notwendige Wissensweitergabe verhindert. Deshalb  
1082 kämpfen wir für die Einführung einer Neuenquote von 33% bei allen Landeslisten!

### 1083 **Beteiligung braucht Ermöglichung**

1084 Wenn wir Beteiligung junger Menschen ermöglichen wollen, dann braucht es dazu

1085 die entsprechenden Rahmenbedingungen. In einem kapitalistischen System bedeutet  
1086 dies auch ihnen Zugang zu den dafür benötigten Ressourcen zu ermöglichen.

1087 Maßnahmen für die Beteiligung von jungen Menschen werden oft mit dem Argument zu  
1088 geringer Finanzmittel entweder zu Scheinpartizipation degradiert oder ganz  
1089 vermieden. Gerade Projekte auf kommunaler Ebene, wie z.B. Kinder- und  
1090 Jugendparlamente, leiden darunter. Beteiligungsstrukturen brauchen eine  
1091 abgesicherte Finanzierung. Demokratie darf keine Geldfrage sein!

1092 Beteiligung braucht Zeit. Diese muss Jugendlichen auch zur Verfügung gestellt  
1093 werden, wenn Beteiligung ermöglicht werden soll. Die Restriktionen der  
1094 kapitalistischen Leistungsgesellschaft dürfen nicht dazu führen, dass die  
1095 Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen eingeschränkt werden.

1096 Jungen Menschen muss von staatlichen Institutionen die Zeit für Beteiligung  
1097 garantiert werden. Junge Menschen dürfen durch ihr politisches Engagement z.B.  
1098 in Jugendparlamenten keinen schulischen Nachteil haben.

1099 Wirkliche Beteiligungsprozesse können nur auf Augenhöhe stattfinden! Alter und  
1100 mangelnde Erfahrung sind kein Argument. Die Große Koalition ist dabei nur eines  
1101 von vielen Beispielen, dass man eine Sache auch viele Jahre lang schlecht machen  
1102 kann.

1103 Die Beteiligung junger Menschen ist ein Feld mit vielen unterschiedlichen  
1104 Akteur\*innen und Maßnahmen. Doch oft kommunizieren diese nicht miteinander, die  
1105 Maßnahmen stehen nebeneinander und widersprechen sich teilweise sogar. Als GRÜNE  
1106 JUGEND fordern wir daher, dass sich die unterschiedlichem Akteur\*innen  
1107 hinsichtlich ihrer Maßnahmen untereinander abstimmen müssen.

### 1108 **Wir wollen Beteiligung!**

1109 Als GRÜNE JUGEND bekennen wir uns klar und deutlich zu Selbstbestimmung und  
1110 Mitbestimmung.

1111 Als Jugendverband einer politischen Partei sehen wir es als unsere Aufgabe, die  
1112 Interessen und Perspektiven junger Menschen in die Partei und darüber auch  
1113 hinaus in die Welt tragen.

1114 Wir sind ein Sprachrohr junger Menschen in die Politik. Es lohnt sich auf allen  
1115 Ebenen für die Teilhabe junger Menschen zu streiten. Doch das kann nur ein  
1116 erster Schritt sein: Letztlich geht es darum die Räume für die Beteiligung aller  
1117 zu erweitern. Wenn junge Menschen einbezogen und verstanden werden und ihr  
1118 Engagement reale Auswirkungen hat, dann stärkt das langfristig die Demokratie  
1119 und nimmt Wind aus den Segeln der Rechtspopulist\*innen.

1120 Die Welt ändert sich nicht von alleine. Es läuft einiges schief und das wollen  
1121 wir anpacken. Lasst uns die Welt ändern, bevor es andere tun!

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.